

Justiz vermässelt Sarkozys Zukunftspläne

U-Richter wirft dem Ex-Präsidenten vor, bei der geistig begrenzt zurechnungsfähigen Milliardärin Liliane Bettencourt illegale Spenden eingetrieben zu haben. Sarkozy, der laut von einer Revanche gegen Hollande träumte, droht ein Prozess vor einem Strafgericht.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Es ist, in knappem Abstand, der zweite französische Ex-Präsident, den die Justiz einholt: gegen Nicolas Sarkozy wurde eine Verfahren für eine gerichtliche Anklage-Erhebung eingeleitet wegen des Missbrauchs von Schwächen – konkret steht der vormalige Staatschef im Verdacht, bei der 90 jährigen Milliardärin und Hauptaktionärin des Kosmetikkonzerns L'Oréal, Liliane Bettencourt, die an begrenzter Zurechnungsfähigkeit leidet, für seine Wahlkampagne 2007 illegale Spenden eingetrieben zu haben.

Im Dezember 2011 war schon Jacques Chirac zu zwei Jahren bedingt verdonnert worden. Der heute 80 jährige Ex-Präsident wurde für die Entlohnung von Pseudojobs verurteilt, die er als Pariser Bürgermeister (1983-1995) an Günstlinge vergeben hatte.

Diese Verurteilung war zwar bereits eine symbolische Premiere, mit der niemand gerechnet hatte, das jetzige Verfahren gegen Sarkozy, das vorrausichtlich in einen Prozess vor einer Strafkammer münden wird, hat aber unvergleichlich mehr politische Sprengkraft. Sarkozy, der im Mai des Vorjahrs dem Sozialisten Francois Hollande unterlegen war, hatte in den letzten Wochen verschiedentlich zu verstehen gegeben, er strebe nach einem Comeback bei den nächsten Präsidentenwahlen 2017: Die Situation Frankreichs gebietet das, ich kann gar nicht anders, erklärte Sarkozy. In einer kürzlichen Umfrage hatten 53 Prozent erklärt, sie würden Sarkozy dem amtierenden SP-Präsidenten vorziehen.

Deswegen ergehen sich einige bürgerliche Oppositionspolitiker in Verdächtigungen, es würde sich um ein linkes Komplott handeln, das auch gerade jetzt erfolge, um von einer Affäre im Regierungslager abzulenken: erst am Dienstag war der bisherige SP-Budgetminister und in dieser Funktion oberste Sparmeister, Jerome Cahuzac, auf Anweisung von Hollande zurückgetreten. Wegen des Verdachts, er habe ein illegales Konto in der Schweiz besessen, war eine Voruntersuchung gegen Cahuzac eröffnet worden.

In Wirklichkeit hatte der U-Richter, der bereits im November Sarkozy zwölf Stunden lang verhört hatte, die neuerliche Vorladung und Konfrontation Sarkozys mit Bediensteten von Bettencourt, die am Donnerstag zur Anklageerhebung führte, von langer Hand geplant. Die Affäre hat für Sarkozy einen besonders üblen Beigeschmack, weil sie ihn in die Nähe eines Kreises von Profiteuren rückt, die der greisen Bettencourt enorme Summen abgeschwatzt hatten. Ihre Tochter musste erst ein Gerichtsverfahren einleiten, um dem Einhalt zu gebieten, wobei Sarkozy als Staatschef die längste Zeit seine Beziehungen in der Justiz spielen ließ, um das zu verhindern. Sarkozys Finanzminister und vormalig Parteikassier hatte obendrein gegenüber den erwiesenen Steuerhinterziehungen von Bettencourt suspekta Nachsicht geübt.

Das sind aber bei weitem nicht die einzigen Probleme Sarkozys mit der Justiz. Erst am vergangenen Mittwoch wurde die Wohnung von der seinerzeitigen Wirtschaftsministerin von Sarkozy und jetzigen Chefin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, von polizeilichen Finanzermittlern durchsucht. U-Richter verdächtigen Lagarde, sie habe als Ministerin ein Schiedsgericht beeinflusst, das dem zwielichtigen Firmenjongleur und Ex-Politiker Bernard Tapie eine Entschädigung von 400 Millionen Euro zusprach. Damit sollte ein langwieriger Streit zwischen Tapie und einer vom Staat gestützten Bank beendet werden. Auch bürgerliche Politiker beschuldigen Sarkozy, er sei mit Tapie eine Art Politdeal eingegangen. Er habe deshalb Lagarde angewiesen Tapie diese Entschädigung aus Staatsmitteln, die als weit überhöht gilt, zuzuschieben.